

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 21

Berlin, den 23. Mai 1931

39. Jahrgang

Kein Unorganisierter im Betrieb!

Der lange, harte Winter ist vor dem erwärmenden Hauch des Frühlings gewichen, und wie in der Natur neues Leben hoffnungsfreudig zu keimen beginnt, so hofft auch die Menschheit besseren Tagen entgegen. Wird die höher steigende Sonne auch den Eispanzer sprengen, der sich lähmend auf unser Wirtschaftsleben gelegt hat? Gern möchte man den Wetterkundigen Glauben schenken, die aus allerlei Anzeichen den Schluss ziehen, dass der Tiefstand der Krise überwunden sei und eine Besserung sich anbahne. Aber der Eispanzer ist so stark, dass er auch im günstigsten Fall nur langsam zu schmelzen vermag. Wir müssen uns noch für lange hinaus mit einer hohen Arbeitslosigkeit abfinden.

Grosse Arbeitslosigkeit bedeutet Not und Entbehrung für die unmittelbar Betroffenen. Aber auch für diejenigen, die noch Arbeit haben, bringt die Wirtschaftskrise die ständige Gefahr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Wie jede andere Ware im Preise sinkt, wenn sie in grossen Mengen auf dem Markt angeboten wird, so nutzt das Unternehmertum auch das starke Angebot der Ware Arbeitskraft aus, deren Preis zu drücken. Senkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist seit vielen Monaten die Parole des Unternehmertums.

Senkung der Löhne bedeutet Herabdrückung der Lebenshaltung, sie zwingt den Arbeiter, seinen Ausgabeetat auf das äusserste einzuschränken. Der Konsum an Verbrauchsgütern geht zurück. Der Handel klagt über mangelnden Absatz, die Fabrikanten über das Ausbleiben von Aufträgen, das zur Einschränkung des Betriebes zwingt. Aber hartnäckig verschliesst man sich der Erkenntnis, dass mit dem Druck auf die Löhne dieser fehlerhafte Kreislauf begonnen wurde.

Die Arbeiterschaft leidet am schwersten unter der Wirtschaftskrise, die Irrwege, die eingeschlagen werden in dem Streben, das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, steigern die Not der Massen. Hilflos treibt der einzelne in dem Strudel, in dem er versinken muss, wenn sich ihm kein rettender Arm entgegenstreckt. Dieser rettende Arm ist die Gewerkschaft.

Gar vielseitig sind die Aufgaben, die den Gewerkschaften in der Krisenzeit obliegen. Indem sie die schwachen Kräfte des einzelnen zusammenfassen, den Willen der einzelnen auf ein gemeinsames Ziel lenken, geben die Gewerkschaften der wirtschaftlich schwachen Arbeiterschaft eine Macht, die auch die herrschenden Kräfte im Wirtschaftsleben nicht ignorieren können.

Die Gewerkschaftsmacht ist nicht unbegrenzt. Es wäre töricht, von den

Gewerkschaften etwa zu erwarten, dass sie die Weltwirtschaftskrise beiseitigen. Sie waren auch nicht imstande, zu verhindern, dass das Unternehmertum seine Lohnabbauaktion durchführte. Wer aber gerecht urteilen will, wird anerkennen müssen, dass sich die grosse Lohnabbauwelle an der Macht der Gewerkschaften gebrochen hat. Sie hat die Arbeiterschaft nicht mit der Schärfe getroffen, wie es ohne den Widerstand der Gewerkschaften geschehen wäre.

Die Gewerkschaften müssen ihr Kampfziel und ihre Taktik der jeweiligen Wirtschaftslage anpassen. Wohl erstreben wir die Beseitigung der planlosen kapitalistischen Produktion, die zu den verheerenden Krisen führt, wie wir sie jetzt erleben, und ihren Ersatz durch den Sozialismus. Aber zurzeit herrscht der Kapitalismus, und die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, innerhalb der kapitalistischen Welt das Los der Arbeiter so günstig wie möglich zu gestalten. Wo sich die Möglichkeit bietet, unternehmen wir Vorstösse, um positive Verbesserungen zu bringen. Nicht nur bei der Regelung der Arbeitsbedingungen. Die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung ist im Grunde auf das unausgesetzte Bohren und Drängen der Gewerkschaften zurückzuführen.

Die Wirtschaftskrise hat uns in die Verteidigungsstellung gedrängt. Dass wir auch hierbei von unseren Machtmitteln Gebrauch zu machen verstehen, davon zeugen die 0,84 Millionen Mark Streikunterstützung, die allein unser Deutscher Holzarbeiter-Verband in dem schlimmen Krisenjahr 1930 ausgegeben hat. In der Sozialpolitik haben wir in der jüngsten Zeit gar manchen Rückschritt erlebt. Der Abbau wäre aber auf diesem Gebiete noch weit rücksichtsloser erfolgt ohne den hartnäckigen Widerstand der Gewerkschaften. Und dieser Abwehrkampf muss weitergeführt werden, denn der Arbeiterschaft drohen hier neue Gefahren.

Die Senkung des Lohnniveaus hat auch unser Verband nicht verhindern können, aber wir können mit Stolz auf die Kämpfe im verflossenen Winter hinweisen, durch welche wir die viel weiter reichenden Pläne der Unternehmer wirksam durchkreuzt haben. Und das in einer Zeit, in der etwa die Hälfte der Verbandsmitglieder arbeitslos war und von den übrigen ein grosser Teil verkürzt arbeitete. Die kämpfenden Kollegen haben Opfer gebracht für den Verband. Der Verband, das sind jedoch die Mitglieder selbst, die in Arbeit stehenden sowohl wie die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen. Sie alle umschlingt das einigende Band der Organisation. Wer heute noch in

Arbeit steht, kann morgen auf der Strasse liegen, und umgekehrt kann der heute Arbeitslose bald in die Lage kommen, den Erfolg mit auszunutzen, der von den Kollegen errungen wurde.

Wir dürfen das Ergebnis unserer Kämpfe, im ganzen genommen, als einen Erfolg buchen, wenn wir auch Zugeständnisse machen mussten und die Errungenschaften früherer Zeiten nicht restlos behaupten konnten. Wir verdanken unsere Erfolge der unerschütterlichen Treue der Kollegenschaft zu ihrer Organisation. Wohl werden Versuche unternommen, den Zusammenhalt zu untergraben. Der Moskauer Imperialismus, dessen Sendboten die Gewerkschaften nach neuen Methoden zu bereimen versuchen, kann aber unserem Verbands ebensowenig anhaben, wie die faschistischen Hitlerbuben, die sich einbilden, durch geheimen Zellenbau in den Gewerkschaften Boden gewinnen zu können.

Die Kollegenschaft steht fest zum Deutschen Holzarbeiter-Verband. Der Verband muss aber an seine Mitglieder

höhere Ansprüche stellen. Jeder Kollege und jede Kollegin hat die Pflicht, dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen. Die schwere Zeit, die wir durchlebt haben und die wir noch durchleben, zeigt uns immer wieder, dass der Unverstand der Massen unser grösster Feind ist. Jetzt, wo sich der Geschäftsgang wieder zu beleben beginnt, müssen wir den Kampf gegen den Unverstand in den Reihen der Holzarbeiter mit verdoppeltem Eifer aufnehmen.

Kein Unorganisierter im Betrieb! Das sei unsere Frühjahrsparole. Unaufhörlich muss auf die Unorganisierten eingewirkt werden, mit stärkstem Nachdruck müssen sie belehrt und umworben werden. Das ist eine Aufgabe, der sich jeder Kollege und jede Kollegin unterziehen kann und muss. Auch du hast im Betrieb neben dir, hast in deinem Bekanntenkreis Unorganisierte. Sie sind vielleicht leichter für den Verband zu gewinnen, als du es dir vorstellst. Versuche es, lass dich nicht abweisen, du erfüllst damit eine heilige Pflicht. Die Lücken in unserer Organisation müssen aufgefüllt werden: Wer bet für unseren Verband!

Um die Handelsspanne

Der Weg, den die meisten Waren machen müssen, bis sie vom Hersteller in die Hände des letzten Verbrauchers kommen, ist nicht nur sehr lang, sondern auch recht kostspielig. Die Regel ist, dass der Fabrikant an den Grosshändler liefert, von hier geht die Ware an den Kleinhändler und dieser verkauft sie schliesslich an den Verbraucher. Vielfach schieben sich noch Vertreter, Kommissionäre oder wie die Leute sich sonst nennen, dazwischen, und alle wollen an der Ware verdienen und möglichst recht viel.

Über die Höhe der Handelsspannen der einzelnen Zwischenstellen gehen die Meinungen auseinander. Die Öffentlichkeit kennt Fälle, wo der Verbraucher für die Ware bis den fünffachen Preis zahlen muss, den der Hersteller dieser Ware erhalten hat. Eine Stopfnadel zum Beispiel kostet dem Kleinhändler 2 Pf., er verkauft sie aber für 10 Pf. Das ist eine Handelsspanne, auf den Einkaufspreis gerechnet, von 400 Prozent. Nun ist die Stopfnadel gewiss ein wenig wichtiger Artikel, es gibt aber auch lebenswichtige Waren, die durch den Handel stark verteuert werden. Bei Kaffee, Tee und Hülsenfrüchten beträgt die Handelsspanne 33 Prozent, bei Salz 150 Prozent, bei Wäsche 30 bis 50 Prozent, bei Kleiderstoffen 40 bis 70 Prozent, bei Kürschnerwaren 40 bis 150 Prozent, bei Briketts 40 bis 70 Prozent. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Natürlich gibt es auch Waren mit kleineren Handelsspannen. Bei der Butter zum Beispiel beträgt sie etwa 10 Prozent, beim Zucker 9 bis 11 Prozent, beim Mehl 9 bis 25 Prozent.

Die Frage, ob diese und jene Handelsspanne angemessen oder zu hoch ist, lässt sich nicht allgemein beantworten. Vor kurzem hat die Forschungsstelle für den Handel (Sitz Berlin) sich mit dieser Sache beschäftigt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Vortrag von

Professor Dr. Julius Hirsch. Der Preissturz infolge der Weltwirtschaftskrise, führte Hirsch aus, komme in allen Ländern weit stärker in den Rohstoffpreisen als in den letzten Verbraucherpreisen zum Ausdruck. Die Ursache suche man vielfach beim Handel, bei dem man die Erzielung von Sondergewinnen vermute. Hirsch glaubt, dass dies nicht so ist, sondern dass ein sehr grosser Teil der hohen Handelsspannen durch die Kostenentwicklung beim Handel bedingt ist. Die Bedeutung des Gesamtproblems für jede moderne Volkswirtschaft ergebe sich aus folgenden Zahlen und Betrachtungen:

„Rund die Hälfte des gesamten deutschen Volkseinkommens geht über die Ladentische des deutschen Einzelhandels: Im Jahre 1929 waren es etwa 35 Milliarden Mark, im Jahre 1930 etwa 31 Milliarden Mark. Die Gesamtkosten, die durch die Handelstätigkeit insgesamt entstehen, betragen für das Jahr 1929 für den Einzelhandel schätzungsweise etwa 9 Milliarden Mark, für den Grosshandel etwa 3 1/2 Milliarden Mark. Diese Zahlen erlassen jedoch noch nicht den Gesamtaufwand für Warenverteilung und Werbung. Ihnen sind neben den Leistungen des Transport- und Bankgewerbes die industriellen Vertriebskosten zuzurechnen, die bei vielen Fertigwaren mindestens 10 Prozent vom Fabrikatpreis betragen.“

Während bei der industriellen Produktion dank der Mechanisierung der Warenherstellung die Möglichkeit der Herabdrückung der Kosten gross ist und in der Mehrzahl der Betriebsarten eine relativ schnelle Steigerung der Leistung je Kopf der darin beschäftigten Personen festzustellen ist, kann man dergleichen im Handel kaum beobachten. Die Maschine stellt zwar Waren bei steigenden Mengen mit immer geringe-

Feinde der Wirtschaft

Moralische Keulenschläge ermangeln meistens vernichtender Gewalt. Sonst lägen Reihen von Patentnationalen zerschmettert am Boden. Spurlos ging an ihnen z. B. auch des Reichskanzlers Brüning sachlich ungeheuer schwere Urteil über der Landbündler Demagogie vorbei. Es war auf der Kundgebung des Industrie- und Handelstages am 25. März 1931. Dr. Brüning erklärte, der Staat habe das Schwergewicht seiner Kräfte in letzter Zeit nach dem Osten verlegen müssen, um einen kritischen Gefahrenpunkt für die Existenz des Staates zu überwinden. Dann geisselte er scharf das Verhalten „verantwortlicher Vertreter des Ostens“ — Landbündlerführer —, die als Saboteure der Osthilfe auf eine Katastrophe hingesteuert hätten.

Kein Zweifel, dass auch viele Landwirte unter dem Einfluss der Krise um ihre Existenz ringen müssen. Aber des Kanzlers etwas diplomatisch übertönter Vorwurf ging doch dahin, dass der Staat aus politischen Gründen, in Abwehr der landbündlerischen demagogischen Hetze, zugunsten der Landwirte den übrigen Volksteil mehr belaste, als sich aus dessen und der Landwirte Lage wirtschaftlich rechtfertigen lasse. Die Hugenberg-Agrarier verschrien die Osthilfe, die, wie der Kanzler scharf betonte, in den nächsten Jahren etwa 1 Milliarde Mark nach dem Osten abfliessen lasse, trotzdem als unzureichend. Man versuchte gar, ihre Annahme zu verhindern. Um noch mehr hetzen zu können. Nicht aus Sorge um das Reich. Nicht aus nationalen Gründen. Nicht um der deutschen Wirtschaft zu dienen. Das alles steht bei den Herren Agrariern nicht als Primat im Vordergrund ihrer Bestrebungen. Sie wollen Macht, ihre traditionellen Privilegien zurückerlangen, wollen wieder Könige in ihren Domänen werden, mit Gesindeordnung und feudalem Landrecht, wenn auch dabei die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft zugrunde gehen. Hörige Landarbeiter und Bauern, das ist immer noch ihr Ziel.

Das Klage lied der Not der Landwirtschaft, die meist nur eine „Not“ überanspruchsvollen Grossagrarierturns war, ist alt. Man hörte es immer. Und immer stand dahinter der Anspruch auf Konservierung veralteten, extensiven Grossbetriebes und feudaler Existenz auf Kosten des Volkes. Eine Klage und Anklage, die selbst aus agrarischen Kreisen erhoben werden musste. Es ist auch zu befürchten, dass die jetzige, umfassende Hilfe für die „Landwirtschaft“ weniger eine wirkliche Hilfe für die Landwirtschaft und für die deutsche Wirtschaft wird, sondern wieder mehr zu einer Konservierung feudalen Betriebes und feudaler Existenzen ausgenutzt wird.

Wiederholt hat der Herr Reichskanzler auch noch von einem anderen Notstand gesprochen, den des Kapitals. Um die Wirtschaft zu beleben, müsse die Neubildung von Kapital gefördert werden. Darum auch sei die Regierung gegen Mehrbelastung des Besitzes, wohl aber für dessen steuerliche und sonstige Entlastung. Während er sich jedoch scharf gegen die Agrardemagogen wandte, die aus egoistisch-politischen Motiven sogar die Osthilfe sabotierten, die deutsche Wirtschaft schädigten, vergass er den Kapitaldemagogen ähnliche, aber ebenso wohlverdiente moralische Prügel zu erteilen. Sind es nicht etwa „notleidende“ kapitalistische Kreise, die den Nationalsozialismus aufgezüchtet haben, die ihn weiter finanzieren, obwohl der Naziwählerfolg der deutschen Wirtschaft schwere Wunden schlug, eine bedenkliche Finanzkrise heraufbeschwor!? Hat nicht ausschweifende Kapitalflucht „nationaler Kreise“ die schwierige Wirtschaftslage Deutschlands verschärft? Haben nicht sehr bedeutende kapitalistische Fehlinvestitionen, aus Übergewinnen auf Grund von Preisdiktaturen der Kartelle und Verbände, dazu besinnungslose Rationalisierung der Wirtschaftskrise ungeheures Ausmass bestimmt? Alles Tatsachen, die nicht bestritten werden können.

An allen diesen Tatsachen, an allem schuldhaften Tan, das die Krise verschärft, den Wiederaufstieg hindert, sind die Arbeiter und Angestellten unbeteiligt. Aber sie tragen die Folgen am meisten. Mag die Landwirtschaft Nöte leiden, mögen kapitalistische Kreise in Bedrängnis sein, der

grösste Notsand ist bei der Arbeiterschaft, der allergrösste bei den Arbeitslosen — 5 Millionen, mit den Angehörigen etwa 10 Millionen Volksgenossen, beinahe ein Zehntel der Gesamtbevölkerung. Hier ist Einschränkung in der bescheidensten Lebenshaltung, ist Not, ist Elend, ist bei einem nicht unerheblichen Teil direktes Hungern, gesundheitsschädliches Wohnen und Mangel an Kleidung unverschuldetes Schicksal auf lange Sicht. Bei keinem anderen notleidenden Stand geht, von Einzelfällen abgesehen, die Misere der heutigen Zustände so wie hier direkt an das Leben, bedroht, wie hier, das körperliche und seelische Dasein. Was aber geschieht, um diesen Notstand auch nur ernsthaft zu mildern? Welche Massnahmen hat man getroffen, um ein völliges Verelenden von Millionen Volksgenossen zu verhindern? Sie einem Notstand zu entreissen, in den nicht ihre Schuld, sondern kapitalistische Wirtschaftsanarchie sie hineingeschleudert hat?

Bis jetzt hört man nur, dass sie immer noch mehr tragen, noch mehr leiden sollen, um die anderen Notstände zu überwinden. Lohn- und Gehaltsabbau wurde der Wirtschaftstretter Fetisch. Er sollte allen, auch den Arbeitern und Angestellten, Heil bringen. Man opferte ihm in ausschweifendem Masse. Will sich bei solchem Tun noch nicht stören lassen. Und die Arbeitslosigkeit schwall weiter an, wie vorauszusehen war. Preissenkung sollte helfen. Es blieb bei schüchternen Preisabbauaktionen. Man konstatierte weitere konjunkturelle Verschlechterung. Aber die Retter haben noch Pfeile im Köcher. Ebenso schmerzhaft wirkende wie der Preisabbau. Sparen! So die Parole. Wo? Wieder am falschen Ende. Wieder soll die Sozialpolitik daran glauben. Nochmals soll die Zange angesetzt werden, überall. Und doch kann niemand, der sich eingehend mit den Dingen beschäftigt, ernsthaft daran glauben, dass damit die Krise gebannt oder auch nur gemildert werden könnte. Konzessionen auf diesem Gebiet entspringen mehr politisch-taktischen Erwägungen als der Überzeugung von ihrer wirtschaftlichen Wirkung.

Zu einer Abkehr von dem falschen Weg treiben keine noch so überzeugenden Argumente. Erforderlich sind andere Kräfte. Aus der grossen Gemeinschaft der wirklich Notleidenden und noch weiter Bedrohten müssen sie herauswachsen. Die Gewerkschaften haben längst, überzeugend den Weg aus dem Unheil heraus gewiesen: Erhebliche, allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit! Aber der Weg wird erst dann ernsthaft beschritten werden, wenn die Hauptbeteiligten dazu zwingen. Zwingen durch Massenanschluss an die Gewerkschaften. Verdoppelung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl ist das erste, das erfolgreichste Mittel zur Überwindung der Widerstände. Der Versuch erbringt den Beweis.

Kein Klagen hilft, kein Bedauern, kein Resignieren. Selbsthilfe ist der Stunde dringendstes Gebot. Im Tempo der Stärkung der Gewerkschaften wird die Arbeitszeit verkürzt, die Zahl der Arbeitslosen kleiner, die Lage der Arbeiterschaft gehoben. Darum: Hinein in die Gewerkschaften!
W. D.

Wohnungsbau schafft Arbeit

Im Gutachten der Brauns-Kommission wird mit Recht auf die grosse Bedeutung der Bautätigkeit für die allgemeine Wirtschaftslage hingewiesen. Würden in diesem Jahre ebenso viele Wohnungen gebaut wie 1929, so hätten wir etwa 1/2 Million Arbeitslose weniger. Auf diese Tatsache verweist W. Deike im „Berliner Tageblatt“. Anstatt dass die Reichsregierung für Arbeitsgelegenheit sorgt, vergrössert sie durch die Einschränkung des Bauprogramms die Arbeitslosigkeit.

Nach dem Wohnbauprogramm der Reichsregierung, führt Deike aus, soll die Zahl der zu erstellenden Wohnungen auf jährlich 215 000 begrenzt werden, gegen bisher rund 315 000. Von den 215 000 Wohnungen sollen 50 000 ohne Hauszinssteuerhypotheken finanziert werden; die Finanzierung soll durch Hypotheken vom freien Kapitalmarkt erfolgen. Die restlichen 165 000 Wohnungen erhalten zur Mietverbilligung Hauszinssteuerhypotheken, jedoch wird bei allen 165 000 Wohnungen die Wohnungsgrösse auf Kleinstwohnungsgrösse verringert.

Von den 50 000 Wohnungen, die ausschliesslich durch den freien Kapitalmarkt finanziert werden sollen, werden mindestens 25 000 mit Sicherheit nicht errichtet, weil für diese Wohnungen die Mieten durch die hohen Hypothekenzinsen eine unerschwingliche Höhe erreichen und die Wohnungen dadurch unvermietbar werden. Aber auch die Finanzierung dieser Wohnungen ist mit der grössten Wahrscheinlichkeit nicht durchzuführen, denn auf dem freien Hypothekemarkt werden insbesondere die letztstelligen Hypotheken wegen des grossen Risikos nicht beschafft werden können. Es ist also damit zu rechnen, dass in diesem Jahre 125 000 Wohnungen weniger gebaut werden als in den letzten Jahren.

Zur Herstellung einer Wohnung sind in Baustoffindustrie, Transportgewerbe, Bau- und Baunebengewerbe sowie Strassenbau mindestens 3 1/2 Arbeitskräfte ein Jahr lang erforderlich. Dadurch, dass künftig 125 000 Wohnungen weniger als bisher gebaut werden, werden also 125 000 x 3 1/2 = 437 500 Arbeitskräfte freigesetzt.

Nun dürften bisher nur 65 000 Kleinstwohnungen jährlich hergestellt werden. Das Bauprogramm der Reichsregierung sieht jetzt aber vor, dass die gesamten restlichen 165 000 Wohnungen als Kleinstwohnungen erbaut werden. Es ist also notwendig, für 100 000 Wohnungen, die bisher als normal grosse Wohnungen errichtet wurden, die Wohnungsgrösse zu vermindern. Zur Herstellung einer kleineren Wohnung sind aber weniger Arbeitskräfte erforderlich als zur Herstellung einer Normalwohnung, die ja 3 1/2 Arbeitskräfte ein Jahr lang erfordert. Rechnet man, dass zur Herstellung jeder Kleinstwohnung drei Arbeitskräfte ein Jahr lang erforderlich sind, dann werden durch Einschränkung der Wohnungsgrösse bei 100 000 Wohnungen 50 000 Arbeitskräfte freigesetzt.

Insgesamt werden also durch das Wohnbauprogramm der Reichsregierung 437 000 + 50 000 = 487 000 Arbeitskräfte in der Baustoffindustrie, dem Transportgewerbe,

dem Bau- und Baunebengewerbe und im Strassenbau mehr als bisher arbeitslos.

Der Kaufkraftausfall dieser neuen Erwerbslosen beträgt mindestens 500 000 000 Mark. Dieser ungeheure Kaufkraftausfall setzt wiederum Arbeitskräfte in den Güterindustrie und im Handel frei. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass durch das Wohnbauprogramm der Reichsregierung die Zahl der Erwerbslosen künftig um 500 000 bis 525 000 Mann dauernd erhöht wird. Jede Erhöhung der Arbeitslosigkeit muss aber, wenn die sonst zu treffenden Massnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Erfolg haben sollen, vermieden werden.

Von der Reichsregierung ist deshalb mit allem Nachdruck die Aufstellung eines neuen Bauprogramms zu fordern, eines Programms, das in bezug auf Zahl und Grösse der zu erstellenden Neuwohnungen mindestens der bisherigen Wohnbautätigkeit entspricht, nach Möglichkeit sogar darüber hinausgeht. Ist die Finanzierung eines so umfangreichen Projekts in der bisherigen Weise nicht weiter durchzuführen, dann müssen eben neue Wege zur Wohnbaufinanzierung gesucht werden.

Von der Volksfürsorge

Die „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, ist die für die Arbeiter allein in Betracht kommende Versicherung. Das steigende Vertrauen, das ihr von der Arbeiterschaft entgegengebracht wird, zeigt der Abschluss für das erste Vierteljahr 1931. In einer für das Versicherungsgeschäft recht ungünstigen Zeit konnte die „Volksfürsorge“ einen Zugang von 85 036 Anträgen mit einer Versicherungssumme von 37 308 697 Mk. verzeichnen. In dem gleichen Zeitraum ist es gelungen, 8092 Versicherte, die ihre Prämienzahlungen eingestellt hatten, zu bewegen, ihre Versicherung wieder in Kraft zu setzen. Am Jahresabschluss verfügte die „Volksfürsorge“ über ein Vermögen von fast 132 Millionen Mark, das zum grössten Teile in Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues angelegt ist.

In neuerer Zeit überstürzen sich Berufene und Unberufene in dem Bemühen, der Bevölkerung neue Versicherungsarten zu offerieren. Wie immer, machen sich zweifelhafte Existenzen auch diese Situation zunutze und gehen auf Dummenfang aus; sie wählen vorzugsweise eine Verbindung von Warengeschäft und Versicherung, ähnlich dem Zugaben- und Rabattmarkensystem. Wieder andere benutzen die Bausparidee, um zweifelhafte Genossenschaften zu errichten, für deren Mitglieder gleich eine hohe Lebensversicherung oder auch Mietversicherung abgeschlossen ist. Die Gründungen und Kombinationen auf diesem Gebiete sind beinahe so mannigfaltig wie Schwindler vorhanden sind. Meistens gelingt es der Staatsanwaltschaft, in kurzer Zeit diese Gründungen zu unterbinden, noch ehe grösserer Schaden angerichtet ist.

Etwas anders verhält es sich mit den Neueinführungen grosser und bekannter Versicherungsgesellschaften. Hier werden Mietversicherungen, Versicherungssparbriefe und andere „Erfindungen“ der Öffentlichkeit als neu empfohlen, um im Konkurrenzkampf überlegen zu sein. Die sichere Grundlage dieser „Neuerungen“ soll natürlich nicht bestritten werden. Es fragt sich jedoch, ob dem Versicherungsgedanken oder der Bevölkerung mit solchem Übermass an Versicherungsarten gedient ist. Der Versicherungsschutz im Lebensversicherungszweig hat sich am besten, günstigsten und als eingermassen ausreichend bei der normalen Todes- und Erbensfall- oder Sterbegeldversicherung erwiesen. Alle anderen Kombinationen sind zumeist mit Unzulänglichkeiten behaftet. Die „Volksfürsorge“, das Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft, hat alle irgendwie vorteilhaft erscheinenden Versicherungsarten geprüft, aber keiner einen Vorzug gegenüber der regulären Lebensversicherung geben können. Die Tarife der „Volksfürsorge“ sind den Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft angepasst. Es sollte sich darum niemand durch angebliche Erleichterungen oder Verbesserungen irreführen lassen.

AUCH DU
mußt für den Verband werben!
Alle Kollegen u. Kolleginnen müssen
hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband.



Aus dem Verbandsleben



Berliner Wirrnis

Der Schiedsspruch, den der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, für das Berliner Holzgewerbe gefällt hat, ist nach Form und Inhalt ein so unmögliches Machwerk, dass seine Verbindlichkeit eine unerträgliche Vergewaltigung der Berliner Holzarbeiter und darüber hinaus eine Diskreditierung des Tarif- und Schlichtungsgedankens bedeuten würde.

lich festgelegt sei, könne er nicht mehr unbefangenen entscheiden. Deshalb lehne die Vabeho den Schlichter Wissell wegen Misstruens in seine Unparteilichkeit ab.

Herr Haertlein beschränkte sich aber nicht auf den Protest, sondern gab dem Minister auch gleich einen guten Rat. „Der einfachste Weg aus der heiklen Situation wäre der, dass Herr Dr. Wissell seinem Stellvertreter die Entscheidung überlässt.“

In dem Telegramm und in dem an den Reichsarbeitsminister gerichteten Brief sowie in allen sonstigen Veröffentlichungen des Herrn Haertlein legt dieser die Begründung, die Herr Körner seinem Schiedsspruch gegeben hat, eine ungeheure Bedeutung bei.

Was ist das nun mit der Begründung? Herr Körner sagt: „Der bisherige Manteltarifvertrag und das letzte Lohnabkommen lassen sich nicht aufrechterhalten, wenn der Wiederaufbau der zusammengebrochenen Holzwirtschaft nicht erschwert, vielleicht sogar unmöglich gemacht werden soll.“

Aber die Schlussfolgerungen, die Herr Körner aus seinen Feststellungen zieht, sind falsch. Er verkennt, dass zum Holzgewerbe nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter gehören.

Inzwischen ist uns die Nummer 19 der Haertleinschen Zeitschrift „Das Deutsche Holzgewerbe“ zugegangen. Hier wird der Wortlaut des umfangreichen Telegramms und eines ergänzenden Briefes abgedruckt, die am 2. Mai von der Vabeho an den Reichsarbeitsminister gerichtet wurden.

Berliner Tischler nicht niedriger normieren als in viel kleineren Provinzorten.

Wenn es dem Berliner Holzgewerbe schlecht geht, dann folgt daraus nicht, dass man im Tarifvertrag herumfuhrwerken darf wie der Bock im Ziergarten.

Am 11. Mai waren, wie erwähnt, die Parteivertreter vor den Schlichter Wissell geladen. Da zwei feindliche Unternehmerorganisationen in Betracht kommen, wurde zunächst mit der Gruppe Haertlein verhandelt.

Die dann folgende Aussprache mit der Gruppe Paeth konnte in ruhigen Formen geführt werden. Herr Paeth ist natürlich für den materiellen Inhalt des Schiedsspruches. Er hat auch in seiner „Fachzeitung“ eine Denkschrift über den Zusammenbruch der Berliner Holzindustrie und des Holzgewerbes veröffentlicht.

Die Verhandlungen mit Herrn Paeth sollen fortgesetzt werden. Ob dabei ein positives Ergebnis gezeitigt werden kann, erscheint angesichts der Organisationsverhältnisse der Berliner Unternehmer zweifelhaft.

Mit Lepfmann Klaus Kömmen ist das 21. Wohnungsbaugesetz fällig

Gegen die schlesischen Innungsmeister!

Der Führer der Breslauer Tischlerinnung und der Tischlerinnungen in Schlesien, Herr Mühlbach, hat die Parole herausgegeben, keine organisierten Tischlergesellen zu beschäftigen.

Bei aller Komik hat aber das Treiben der Mühlbach und Konsorten auch eine ernste Seite. Bei der durch die grosse Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not unter den Arbeitern glauben die Innungsführer sich aufs hohe Ross setzen zu können.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das vierte Vierteljahr 1930.

Table with columns: Einnahmen (Gehälter, Versicherungsbeträge, Fahrgelder, etc.), Ausgaben (Kassenbestand, Drucksachen, etc.), Zahl der Verwaltungen, Zahl der Kassentreue, etc. Includes sub-headers for members (männl., weibl., jugendl.) and summary totals at the bottom.



Holzindustrie



Politik ohne Verstand

Der Landwirtschaftsausschuss des Preussischen Landtages hat sich am 12. Mai erneut mit der Holzfrage beschäftigt. Wie die bürgerlichen Tageszeitungen melden, hat er einen Antrag angenommen, der die Staatsregierung auffordert, auf die Reichsregierung einzuwirken, dass

1. ein Verwendungszwang für inländisches Papierholz eingeführt wird;
2. die Eisenbahntarife für Grubenholz gesenkt werden, insbesondere Sondertarife nach den Häfen und nach den westlichen Grenzländern zur Förderung der Ausfuhr eingeführt werden;
3. der Zoll für Holzkohle sofort auf 4 Mk. je Doppelzentner erhöht wird und ein Brennholzzoll in entsprechender Höhe eingeführt wird;
4. der Zoll auf Schnittholz und Bretter zum Schutze der heimischen Sägewerksindustrie auf 3 Mk. je hundert Kilogramm festgelegt wird;
5. ein angemessener Zoll auf Grubenholz eingeführt wird.

Ferner wurde eine Entschliessung angenommen, wonach für mit Hauszinssteuermittel errichtete Gebäude sowie für Bauten des Staates und der Gemeinden die Verwendung inländischen Holzes zur bindenden Vorschrift gemacht und auf die Reichsregierung in gleichem Sinne eingewirkt werden soll.

Die Tageszeitungen nennen diese Beschlüsse „Schutzmassnahmen für die deutsche Holzindustrie“. Wie man die Holzverarbeitenden Gewerbe schützen kann, indem man ihnen den Rohstoff masslos verteuert, dass kann nur der verstehen, der von der Holzindustrie noch weniger weiss als „der Ochse vom Sonntag“. Die Erhöhung des Schnittholzzolles auf 3 Mk. je Doppelzentner bedeutet eine Wertbelastung von reichlich 40 Prozent, gegen knapp 14 Prozent bei dem heutigen Zoll von 1 Mk. je Doppelzentner. Im Jahre 1930 kostete das Festmeter Auslandsschnittholz einschliesslich deutscher Einfuhrzoll durchschnittlich rund 46 Mk., bei dem jetzt geforderten Zoll würde es aber etwa 58 Mk. kosten. Um diese 12 Mk. soll nicht nur das Auslandholz teurer werden, sondern auch das deutsche Schnittholz. Würde der Zoll in der von den Waldbesitzern und jetzt auch vom Landwirtschaftsausschuss des Preussischen Landtages geforderten Umfange erhöht, so kann das eine Verteuerung des Holzes um etwa 20 Prozent bedeuten. Das ist kein „Schutz“, sondern eine schwere Schädigung der deutschen Holzverarbeitenden Industrie.

Ob die Sägewerksindustrie davon einen Nutzen haben würde, ist mehr als zweifelhaft. Jedenfalls kennen wir keinen ernst zu nehmenden Sägewerksunternehmer, der sich für eine solche Erhöhung der Schnittholzzölle einsetzt. Auch ihre führenden Verbände lehnen sie, soweit wir wissen, entschieden ab, sie sind für die Beibehaltung der heutigen Zollsätze.

Auffällig an den Beschlüssen des Landwirtschaftsausschusses des Preussischen Landtages ist, dass keine Erhöhung des Sägerundholzes gefordert wird. Darauf haben die Waldbesitzer bisher stets den grössten Wert gelegt. Anscheinend will man hier Taktik machen, aber wir glauben nicht, dass die Sägewerksunternehmer darauf hereinkommen.

Der Landwirtschaftsausschuss des Preussischen Landtages fordert auch einen Verwendungszwang für deutsches Holz bei allen öffentlichen und mit öffentlichen Mitteln hergestellten Bauten. Ob seine Mitglieder über die Folgen einer dahingehenden Vorschrift einmal nachgedacht haben? Wir glauben es nicht, denn sonst hätten sie ihren Beschluss nicht gefasst.

Die Forderungen in bezug auf Papier- und Grubenholz und auf Holzkohle berühren uns als Holzarbeiter nicht unmittelbar, aber sie sind nicht weniger wirtschaftsfeindlich als die übrigen Beschlüsse.

Wir hoffen, dass die preussische Regierung sie als solche erkennt und sie deshalb zu den Akten legt. Würde sie sich für sie einsetzen, dann machte sie sich mitschuldig an einer schweren Schädigung der deutschen Holzindustrie. Dazu darf sie ihre Hand nicht bieten. Denn höher als die augenblickliche Notlage der Forstwirtschaft steht die Zukunft der ganzen Holzwirtschaft.

Photomechanische Oberflächenbehandlung

Als vor etwa einem halben Jahrhundert das Tischlergewerbe sich mehr auf furnierte Möbel umstellte, rümpften weite Kreise die Nase. Ein Qualitätsmöbel müsse massiv sein, sei der Schrank innen Kiefer und aussen Nussbaum, so sei er ein „unechtes“ Möbel, kein Qualitätsmöbel. Diese Ansicht ist von manchen Leuten jahrzehntelang vertreten worden, und noch um 1910 herum gab es eine Möbelfabrik, die stolz darauf war, dass sie allein „echte“, das heisst massive Möbel herstelle. Wer heute z. B. einen Schreibtisch ganz aus Eiche oder Mahagoni machen würde, müsste sich gefallen lassen, dass er für verrückt gehalten wird. Auf einen solchen Gedanken wird der Tischler aber auch schon deswegen nicht kommen, weil das massive Möbel einen Preis haben würde, den niemand zahlen kann oder will. Und andererseits wird auch kein normaler Mensch ein massives Möbel verlangen, denn er weiss, dass ein furniertes Möbel ein ebenso „echtes“ und gutes Qualitätsmöbel ist wie das massive.

Wenn von massiven Möbeln die Rede ist, so meint man solche aus sogenannten Edelhölzern. Unter diesen Begriff fallen alle Furnierhölzer, also auch die Eiche. An den heutigen Möbeln ist nur die Oberfläche, das Furnier, in dem hier gebrauchten Sinne massiv. Unter dem Furnier liegt „gewöhnliches“ Holz, meistens Kiefer oder Fichte oder das aus den verschiedensten Holzarten verleimte Sperrholz. Man kann dem Blindholz auch durch Farbe und Lack das Aussehen von Edelholz geben, aber doch nur in einer völlig unvollkommenen Weise. Daher werden gestrichene Möbel von Leuten mit Geschmack verständlicherweise abgelehnt, Ertragbar sind nur die einfarbig gestrichenen und lackierten Möbel.

Anders verhält es sich mit Möbeln, deren Oberfläche auf photomechanischem Wege „echt“ gemacht worden ist. Wir haben solche Möbel wiederholt gesehen, die eine so naturgetreue Imitation von Edelholz aufweisen, dass es selbst dem Fachmann schwerfällt, diese als solche zu erkennen. Was auffiel, waren die spiegelglatten Flächen, nur diese liessen vermuten, dass es sich nicht um furnierte Flächen handelt. Aber Maserung und Farbe waren so naturgetreu, dass man glaubte, die besten Naturhölzer vor sich zu haben.

Die Oberflächenbehandlung auf photomechanischem Wege ist in Deutschland unseres Wissens zuerst von der Panela-A.G. in Swinemünde mit Erfolg betrieben worden. Wir sahen von ihr schon vor Jahren wunderschöne Arbeiten.

Jetzt ist das Verfahren der Masa-Gesellschaft in Berlin das Gesprächsthema der Interessenten. Die Masa-Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der I.G. Farbenindustrie AG. und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft AG. (AEG.), die das Masa-Verfahren den amerikanischen Erfindern abgekauft haben. Die Arbeiten dieser Gesellschaft sind nach unseren bisherigen Beobachtungen nicht besser als die der Panela-A.G., aber ihr Verfahren scheint einfacher und billiger zu sein.

Das Masa-Verfahren ist in Amerika stark verbreitet, und auch in Deutschland gibt es einige Betriebe, die es mit Erfolg anwenden: wir haben darüber in Nr. 4/1931 der „Holzarbeiter-Zeitung“ schon berichtet. Die Arbeitsweise des Masa-Verfahrens ist kurz folgende:

Von besonders schönen Edelhölzern werden photographische Aufnahmen gemacht. Die Platten werden dann genau so ent-

wickelt und behandelt wie alle anderen Photoplatten. Von der Glasplatte wird das Holzmuster auf besonders präparierte Kupferplatten kopiert. Diese werden dann in einem Säurebad geätzt, so dass sie alle Feinheiten des Holzmusters enthalten. Diese Druckplatten werden in allen Grössen von 25×30 bis 100×200 Zentimeter hergestellt.

Die Oberfläche des zu bedruckenden Holzes muss sehr sauber bearbeitet sein, genau so wie eine Polierfläche. Sehr poröse Hölzer werden mit Masa-Spachtel in Fläche gebracht. Nachdem die Fläche in der Grundfarbe des betreffenden Edelholzes gebeizt worden ist, erfolgt die Übertragung des Musters. Diese Übertragung erfolgt mittels einer Walze aus elastischer Masse in Hand- oder Maschinenbetrieb. Nachdem der Druck trocken ist, wird die Fläche im Spritzverfahren lackiert, dann geschliffen und poliert wie eine Furnierfläche. Auf diese Art erhält das Blindholz die naturgetreue Maserung und Farbe des betreffenden Edelholzes. Auch Metall, Pappe und anderes Material lassen sich auf diese Weise in „echtes“ Edelholz verwandeln.

Die Kosten des Masa-Verfahrens sind uns nicht genau bekannt, es wird jedoch behauptet, dass es billiger sei als das Furnierverfahren.

Verschiedentlich hört man die Vermutung aussprechen, das Masa-Verfahren werde das Furnier verdrängen. Bei manchen Arbeiten trifft dies sicher zu, wir denken dabei vor allem an Flächen im Innenausbau. Auch im Möbelbau wird es seine Liebhaber finden. Voraussetzung dafür aber ist, dass die im Masa-Verfahren hergestellten Flächen sich im praktischen Leben bewähren, dass sie vor allem lichtbeständig sind. Darüber wird man erst in einigen Jahren ein abschliessendes Urteil abgeben können.

Eine überreichlich verdienende Möbelfabrik

In der Möbelindustrie macht sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise besonders schwer fühlbar. Das beweist am besten die fürchterlich grosse Arbeitslosigkeit unter den Tischlern. Viele kleine und grosse Betriebe haben Bankrott gemacht, andere führen ein kümmerliches Leben. Aber es gibt auch Möbelfabriken, die voll beschäftigt sind und deren Inhaber verdienen wie in der besten Hochkonjunktur. Zu diesen Unternehmungen gehört die Vereinigte Möbelwerke AG. in Andernach. Diese Gesellschaft veröffentlicht jetzt ihre Bilanz für 1930. Wohl war der Reingewinn nicht so hoch wie im Vorjahre, er betrug „nur“ 107 820 Mk., gegen 164 000 Mk. im Jahre 1929.

Die Vereinigte Möbelwerke AG., die zurzeit 300 Holzarbeiter beschäftigt, arbeitet seit Jahren mit einem Aktienkapital von 160 000 Mk., bei der Umstellung auf Goldmark im Oktober 1924 betrug es 128 000 Mk. Vergleicht man Reingewinn und Aktienkapital miteinander, so ergibt sich, dass 1929 ein Reingewinn von reichlich 100 Prozent und in dem schweren Krisenjahr 1930 ein solcher von fast 70 Prozent des Aktienkapitals erzielt wurde. In Wirklichkeit hat die Gesellschaft noch weit besser verdient, denn bei den angegebenen Beträgen handelt es sich nur um die in der Bilanz ausgewiesenen Reingewinne. Das sind die Summen, die sich nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen ergeben. Im Jahre 1930 betragen die Abschreibungen nicht weniger als 118 043 Mk. und der Reservefonds wurde um 66 399 Mk. auf 128 900 Mk. erhöht. Der Reservefonds ist also nur rund 30 000 Mk. niedriger als das Aktienkapital.

Die Aktionäre der Vereinigten Möbelwerke AG. können zufrieden sein. Wenn der ausgewiesene Reingewinn restlos zur Verteilung kommt, erhalten sie 67 Prozent Dividende. Im Jahre 1929 waren es sogar reichlich 100 Prozent. Das ist ein märchenhaftes Geschäft.

Die Vereinigte Möbelwerke AG. wurde im Januar 1922 gegründet. Als Gründer wurden eingetragen: Kaufmann Karl Engers in Andernach, Kaufmann Richard Weinstock in Linz a. Rh., Kaufmann Ludwig Weinstock in Linz a. Rh., Remagener Möbelindustrie H. Kolk GmbH. in Remagen, Kaufmann Fritz Grabe in Kripp a. Rh., Kaufmann Georg Tuch in Köln, Bankhaus L. Poensgen u. Co. in Düsseldorf, Kaufmann Josef Neuss in Andernach. Ursprünglich gehörten alle diese Herren dem Aufsichtsrat an, ob dies auch jetzt noch so ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Leitung des Unternehmens lag anfangs in den Händen der Herren Hermann Kolk und Karl Mandt, jetzt liegt sie bei den Herren Heinrich Müller und Wilhelm Böhl.

Die Betriebsanlagen der Gesellschaft sind aufs modernste eingerichtet. Hergestellt werden Schlafzimmereinrichtungen. Die heutige Betriebsleitung beschränkt sich auf die Fabrikation weniger Muster, aber diese werden in so guter Qualität und zu so niedrigen Preisen hergestellt, dass die Konkurrenz schlecht mitkommen kann.

Eine zuversichtliche Stimme

Während man sonst über die Zukunft der deutschen Holzwirtschaft nur Schlimmes hört, ist der Vorstand der Süddeutschen Holzwirtschaftsbank A.G. (Sitz München) anderer Ansicht. Im Geschäftsbericht wird u. a. auf die verschiedentlich erstrebte Zusammenarbeit zwischen Forstwirtschaft und Holzindustrie verwiesen. Diese Bestrebungen seien jetzt auch deshalb aussichtsreich, „weil sich im bisherigen Verlaufe der Krise die einheimische Holzwirtschaft in ihren einzelnen Gliedern überwiegend als gesund und widerstandskräftig erwiesen hat. Es sind in ihrem Bereiche genügend Ansätze dafür vorhanden, dass bei der Wiedererstarke des allgemeinen Vertrauens und der dadurch ermöglichten Wiederbelebung des Wirtschaftsverkehrs auch für das Holzgeschäft die Überwindung der Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen verhältnismässig rasch erfolgen kann.“

Wir freuen uns dieser Worte, denn sie geben das wieder, was wir selbst über die Lage und die Aussichten der deutschen Holzwirtschaft denken. In dem Augenblick, wo die allgemeine Wirtschaftslage sich bessert, wird auch die Holzwirtschaft wieder einen kräftigen Aufschwung nehmen. Freilich wird sie vorerst nicht wieder soviel Arbeiter beschäftigen können wie im Sommer 1925. Denn infolge der grossen Fortschritte in der Rationalisierung gerade der holzindustriellen Betriebe leisten heute im allgemeinen etwa 70 Arbeiter soviel wie damals 100. Da im gleichen Masse der Markt für holzgewerbliche Erzeugnisse leider noch nicht gewachsen ist, wird die Holzindustrie künftig weniger Arbeitskräfte gebrauchen als früher. Das wird jedenfalls solange der Fall sein, wie die noch heute üblichen langen Arbeitszeiten beibehalten werden. Und da in den anderen Industrien die Dinge genau so liegen, ist die 40-Stunden-Woche eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Hohner 8 Prozent Dividende

Die Harmonika-A.G. Matth. Hohner in Trossingen erzielte 1930 einschliesslich des Vortrags aus dem Vorjahre 892 700 Mk. Reingewinn. An die Aktionäre kommen 480 000 Mk. gleich 8 Prozent des Aktienkapitals zur Auszahlung. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, doch fehlen die zahlenmässigen Angaben. Über die Geschäftslage heisst es im Bericht, dass das laufende Jahr auf dem einen oder anderen Marktgebiet zwar eine kleine Steigerung der Nachfrage gebracht hat, von einer allgemeinen Besserung kann aber noch keine Rede sein. Die Hohner-A.G. beschäftigt zurzeit noch etwa 3500 Personen, gegen 5000 vor einigen Jahren.



Aus der Internationale



Die Holzindustrie in asiatischen Ländern.

Das „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“ veröffentlicht eine Übersicht über die Holzwirtschaft und die Holzindustrie in einigen asiatischen Ländern. Von den Ländern des Nahen Ostens heisst es dort, dass, abgesehen von den drei Sowjetrepubliken Transkaukasiens, Georgien, Armenien und Aserbeidschan, nur die Türkei einigermaßen gut bewaldet ist. In Palästina ist eine Holzindustrie von einiger Bedeutung entstanden. Dort sind etwa tausend Holzarbeiter, vor allem Bautischler, gewerkschaftlich organisiert. Die meisten davon sind jüdische Einwanderer, die übrigen Araber.

Die asiatische Türkei hat etwa 7 Millionen Hektar Wald, das sind 13,4 Prozent der Gesamtbodenfläche und 68 Hektar auf je 100 Einwohner. (In Deutschland kommen 20 Hektar, in Österreich 48 Hektar auf je 100 Einwohner.)

Die Sägewerksindustrie, sowie die Holzindustrie überhaupt, ist in der Türkei schwach entwickelt. Die gewerbliche Betriebszählung vom Jahre 1927, welche die Hausindustrie nicht umfasst, stellt für alle Zweige der Holzindustrie 7896 Betriebe mit 24 264 Arbeitern fest. Von den Betrieben haben 3923 je 1, 2621 je 2 oder 3 Arbeiter. Nur 548 Betriebe haben je 6 oder mehr Arbeiter. Holzbearbeitungsbetriebe mit je mehr als 50 Arbeitern gibt es im ganzen Lande kaum 30, von ihnen sind etwa ein Dutzend in Konstantinopel und Umgegend.

Wirtschaftlich eng mit Kleinasien verknüpft, wenn auch geographisch nicht dazugehörig, ist Ägypten. Obwohl das Land vollkommen waldlos ist, existiert in ihm eine blühende und gut eingerichtete Holzindustrie. Es soll eine Anzahl Betriebe geben, die je 30 bis 200 Arbeiter beschäftigen. Neben den Industriearbeitern gibt es noch eine grössere Anzahl Heimarbeiter, vor allem im Möbelgewerbe. Die Gesamtzahl der Arbeiter und selbständigen Heimarbeiter in der Holzindustrie wurde vor einigen Jahren auf 18 000 geschätzt.

Infolge einer mehr als zwei Jahrtausende langen Raubwirtschaft ist China ein waldarmes Land geworden. Die Bewaldung der einzelnen Gebiete des grossen Reiches ist natürlich sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt ist die Bodenfläche nur zu etwa 7 Prozent bewaldet. Wenn auch die gesamte Waldfläche schätzungsweise an die 80 Millionen Hektar ausmacht, so beträgt doch die Waldfläche pro 100 Einwohner nur knapp 20 Hektar. Die Holzverarbeitende Industrie trägt einen ausgesprochen kleingewerblichen Charakter. An grösseren Unternehmen gab es im Jahre 1926 nur 639 mit 9976 Arbeitern. Daneben gab es aber 135 000 Heimarbeiter, deren Mehrzahl in Jahrhunderte alten Zünften organisiert sind. Zur Zeit der kommunistischen Flutwelle in China sollen in Shanghai drei Holzarbeitergewerkschaften bestanden haben, die insgesamt 300 Mitglieder zählten.

Das alte Inselreich Japan hat sich in schnellem Anlauf eine starke Stellung in der Weltwirtschaft errungen. Das gilt auch für seine Holzwirtschaft und seine Holzindustrie. Die Korbwaren-, Zahnbürsten- und Mundharmonikaindustrien Japans machen den alten Produktionszentren bereits eine recht fühlbare Konkurrenz. Aber auch die Sägewerksindustrie und die eigentliche Holzindustrie entwickeln sich mit raschen Schritten. Japan hat mit Einschluss seiner Festlandbesitzungen Korea (Tcheson) und Sachalin (Karafoto) rund 36 Millionen Hektar Wald, seine Gesamtbodenfläche ist zu etwa 52 Prozent bewaldet und die Waldfläche pro 100 Einwohner beträgt fast 50 Hektar. Einmal hätte Japan genügend bewaldet sein, um bei ordnungsgemässer Nutzung seiner Wälder den heimischen Bedarf laufend zu decken.

Die Holzindustrie Japans umfasste im Jahre 1926 3775 Betriebe mit 51844 Ar-

beitern, darunter etwa 7000 weiblichen. Die meisten Betriebe haben weniger als 5 Arbeiter. Es gibt aber 71 Betriebe mit je mehr als 50, darunter 24 Betriebe mit je mehr als 100 Arbeitern.

In manchen Gebieten, selbst in solchen mit grossem Schnittholzverbrauch, wird noch ausschliesslich mit der Hand geschnitten. Sogar in gut mechanisierten grossen Sägewerken kann man neben der höchstentwickelten Technik die primitivsten Bearbeitungsmethoden antreffen. Diese Eigenart der japanischen Sägewerksindustrie beruht in der Hauptsache auf der Billigkeit der Handarbeit. Ein qualifizierter japanischer Sägewerksarbeiter erhält für einen 10- bis 12stündigen Arbeitstag bei einer 15tägigen Arbeitsperiode (viele Unternehmen schalten im Monat nur zwei Ruhetage ein) 2 bis 2½ Yen (1 Yen gleich etwa 2 Mk.). Die Arbeit von Frauen und Jugendlichen, die noch wohlfeiler ist, ergibt einen noch niedrigeren durchschnittlichen Lohn.

Der unter amerikanischer Oberhoheit stehende Philippinen-Archipel ist zu zwei Dritteln seiner Gesamtfläche bewaldet. Von den 18,8 Millionen Hektar Wald (188 auf je 100 Einwohner) befinden sich 99 Prozent im Besitz des Staates. Im Jahre 1928 arbeiteten auf den verschiedenen Inseln des Archipels, vor allem auf den beiden grössten unter ihnen, Luzon und Mindanao, 111 Sägewerke mit einer Gesamtbelegschaft von 16 000 (einschliesslich der Holzfäller usw.). Etwa ein Dutzend dieser Betriebe waren nach amerikanischem Muster eingerichtet; die übrigen waren kleinere Werke mit teilweise veralteten Einrichtungen. In der Hauptstadt Manila gab es im Jahre 1928 127 Bau- und Möbeltischlereien mit 3163 Arbeitern und 92 Betriebe der Sägewerks- und sonstigen Holzbearbeitungsindustrie mit 1324 Arbeitern.

Das Inselreich Niederländisch-Ostindien, Hollands grösste und reichste Kolonie, ist sehr waldreich; die gesamte Waldfläche (einschliesslich Neuguinea) beträgt schätzungsweise knapp 100 Millionen Hektar, das sind 49 Prozent der Gesamtbodenfläche und rund 200 Hektar pro 100 Einwohner. Die Hauptinsel Java (mit Madura) ist trotz ihrer grossen Volksdichte zu 22 Prozent bewaldet, in den Aussenprovinzen ist der Anteil noch bedeutend höher (Sumatra 25 Prozent, Celebes 27 Prozent, Borneo 80 Prozent). Die Sägewerksindustrie in Niederländisch-Ostindien ist nicht sehr umfangreich. An grösseren Mühlen kommen etwa 126 in Betracht, von denen aber nur 74 mit mechanischer Antriebskraft arbeiten. Von diesen letzteren befinden sich 15 auf der Hauptinsel Java (mit Madura), insbesondere in Soerabaja, und die restlichen 59 auf den übrigen Inseln.

Arbeitslosigkeit in Frankreich

Die Zeit, da Frankreich als Oase in der wirtschaftlichen Wüste galt, ist vorüber. Die Arbeitslosigkeit schwillt ungeheuer an, doch ist die Zahl der Arbeitslosen schwer festzustellen, da die amtliche Statistik nur die unterstützten Arbeitslosen zählt und die zahlreichen Ausländer überhaupt nicht erfasst. Nur in 10 der 90 Departements und in 143 Einzelgemeinden funktioniert derzeit ein Arbeitslosenversicherungsfonds. Am 28. Februar 1931 gab es in diesen Gebieten 49 766 unterstützte Arbeitslose, gegenüber 28 536 am 31. Januar 1931 und nur 988 am 27. September 1930. Von der genannten Gesamtzahl (49 766) entfielen allein auf das Seine-Departement 31 335 (auf Paris 18 562). Von den unterstützten Arbeitslosen im Seine-Departement waren am 28. Februar d. J. 2068 Holzarbeiter (von rund 20 000 Berufsangehörigen); am 31. Januar waren es 1565. Nach einer vom Tageblatt der französischen Gewerkschaften, „Le Peuple“ (27. Februar 1931), angestellten Untersuchung sind von den 300 000 Arbeitern in sämtlichen Berufen des Holzgewerbes Frankreichs mindestens 50 000 voll und 100 000 teilweise erwerbslos.

Die Fünftagewoche in den Vereinigten Staaten

In dem Bericht, den der Amerikanische Gewerkschaftsbund seinem im Oktober 1930 in Boston abgehaltenen 50. Kongress vorgelegt hat, wird mitgeteilt, dass von den 105 Verbänden, die dem Bunde angeschlossen sind, 48 für einen Teil ihrer Mitglieder die Fünftagewoche errungen haben. Die Gesamtzahl der im Bunde organisierten Arbeiter beträgt knapp 3½ Millionen (das ist schätzungsweise ein Drittel der Industriearbeiterschaft), während die Zahl derjenigen, für die die Fünftagewoche Geltung hatte, 532 894 betrug. Davon entfielen 78 Prozent auf das Baugewerbe und 16 Prozent auf die Bekleidungsindustrie. Unter den berichtenden Verbänden stand der unserer Internationalen Union angeschlossene amerikanische Holzarbeiter-Verband (United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America) mit 114 614 Mitgliedern, das ist über ein Drittel seiner Mitgliederzahl, an erster Stelle. Der Tapezierer-Verband berichtete, dass von seinen etwa 12 000 Mitgliedern 4071 fünf Tage in der Woche arbeiteten, während der Bildhauer-Verband mit 775 Mitgliedern von insgesamt 1200 aufwarten konnte.

Der Staat New York stand mit 185 000 Gewerkschaftsmitgliedern im Genuss der Fünftagewoche an der Spitze; auf ihn folgten New Jersey mit 45 000 und Illinois mit 38 000 Gewerkschaftsmitgliedern.

In allen Fällen, in denen die Fünftagewoche eingeführt wurde, ist ein Lohnausgleich vorgenommen worden.

Die Fünftagewoche hat seither weitere Fortschritte gemacht. So hat nach mehrmonatigen Verhandlungen der Bezirksverband Chicago des Holzarbeiter-Verbandes einen Vertrag auf Einführung der Fünftagewoche ab 15. Dezember 1930 abgeschlossen. Da die Verwaltungsstellen, die dem Bezirksverband Chicago angeschlossen sind, insgesamt etwa 27 000 Mitglieder zählen, ist die Zahl der im Genuss der Fünftagewoche stehenden Holzarbeiter um ein beträchtliches vermehrt worden.

Warnung vor Auswanderung

Der Möbelarbeiter-Verband in Buenos Aires erlässt im „Bulletin“ eine Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien. Der katastrophale Rückgang der Getreide- und Fleischausfuhr hat das gesamte Wirtschaftsleben des Landes in Mitleidenschaft gezogen. Im Verband der Möbelarbeiter sind rund drei Viertel der Mitglieder seit vielen Monaten arbeitslos, und es gibt keinerlei Aussicht auf eine baldige Wiederbeschäftigung. Die Unternehmer haben die schlechte Lage zu einem Generalangriff auf die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen ausgenützt. In den organisierten Betrieben haben unsere Kollegen sich gegen diese Angriffe bisher mit ziemlichem Erfolg wehren können, aber in den Betrieben, wo viele Unorganisierte, insbesondere Eingewanderte, beschäftigt sind, ist das Lohnniveau in unerträglichem Masse gesunken.

Der Ausschuss des IGB. in Madrid

Als der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 27. April in Spaniens Hauptstadt zusammentrat, fand er dort Verhältnisse vor, die wohl kaum jemand erwartet hatte, als im vorigen Jahre Madrid zum Tagungsort des Ausschusses bestimmt worden war. Das diktatorische Regime, das einige Jahre herrschte, hat die republikanische Bewegung mächtig anwachsen lassen. Zwar konnte ein vorzeitig ausgebrochener Putsch noch niedergeschlagen werden, als aber die im ganzen Lande am 12. April vorgenommenen Gemeindevahlen eine überwältigende republikanische Mehrheit ergaben, zog König Alfons die Konsequenzen. Zwei Tage später gab er seine Stellung auf und verliess das

Land. Spanien ist nun eine Republik. Die neue Regierung setzt sich aus bürgerlichen Republikanern und Sozialisten zusammen, die aus dem Gefängnis befreit, an die Spitze des Landes gestellt wurden.

Schon äusserlich trat der eingetretene Umschwung dadurch in Erscheinung, dass die Regierung dem Ausschuss das prachtvolle Senatsgebäude zur Verfügung gestellt hatte, wo früher die Granden von Spanien ihre Sitzungen hielten.

An der Ausschusssitzung nahm der Vorstand des IGB. teil, der von dem Engländer Citrine geleitet wird. Ferner die Vertreter der Landeszentralen und die Vertreter der internationalen Berufssekretariate, darunter auch Tarnow als Vertreter der Internationalen Union der Holzarbeiter.

Der seitherige Generalsekretär Sassenbach, der im Januar d. J. aus dem Amte geschieden ist, war durch Krankheit verhindert, an der Tagung teilzunehmen und sich persönlich von den Ausschussmitgliedern zu verabschieden. Der Ausschuss beschloss, ihm schriftlich für sein Wirken im IGB. und in der Gewerkschaftsbewegung zu danken. Der Posten des Generalsekretärs wird zurzeit von dem Belgier Schevenels bekleidet. Ihm zur Seite steht der Untersekretär G. Stolz, der auf Vorschlag der Tschechoslowakischen Landeszentrale in dieses Amt berufen wurde, das er seit Beginn dieses Jahres bekleidet.

Die Tagung des Ausschusses wurde von Citrine mit einer Ansprache eröffnet, der auf die politische Umwälzung und die bedeutungsvolle Rolle hinwies, die die Gewerkschaften unter der Leitung Caballeros dabei gespielt haben. Dieser, der jetzt das Amt des Arbeitsministers der Republik bekleidet, konnte in seiner Erwiderng mitteilen, dass die provisorische Regierung den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt habe und entschlossen ist, die Washingtoner-Konvention über den Achtstundentag ohne Vorbehalt zu ratifizieren.

Das Hauptreferat über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit hielt Leipart. Er erläuterte die Beschlüsse, welche der IGB. gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu dem Problem gefasst haben. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern hat dazu geführt, die 40-Stunden-Woche als sofort anzustrebendes Ziel zu bezeichnen. Diesem Vorschlag stimmte auch der Ausschuss zu.

Auch das Referat von Jouhaux, das darin gipfelte, einen Druck auf die Regierungen auszuüben, damit sich ihre Vertreter bei der geplanten internationalen Abrüstungskonferenz für eine wirkliche Abrüstung einsetzen, fand allgemeine Zustimmung. Über die Haltung der Arbeitervertreter auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz referierte Mertens.

Das vom Generalsekretär Schevenels unterbreitete Aktionsprogramm des IGB. für 1931/32 umfasst unter anderem: Wirtschaftsfragen; Fragen der Sozialpolitik und der Arbeiterbildung; Kampf gegen Krieg und Faschismus; Aktion zugunsten der Abrüstung; Erweiterung des Einflusses des IGB.; Werbung neuer Mitglieder und gewerkschaftliche Propaganda.

Für eine geplante Studienreise nach dem Fernen Osten wurde der Vorstand beauftragt, die erforderlichen Massnahmen zu treffen. Nach dem Bericht eines Vertreters der Gewerkschaften Ägyptens nahm der Ausschuss eine Entschliessung an, die gegen die Unterdrückungsmassnahmen der ägyptischen Regierung protestiert.

In einer im Anschluss an die Ausschusssitzung abgehaltenen Konferenz des Vorstands mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate wurden die in Genf zur Beratung kommenden Fragen besprochen und organisatorische Fragen erörtert.



Unterhaltung und Wissen



In den Maientagen

Nun sind die Tage wieder voll Licht. Und Seligkeiten blühen in der weichen Luft des Abends. Zärtlich gleiten die Wege unter den Füssen hin und die Ferne lieblich voll Sehnsucht die Augen, deren Blick sie bettet im dunkelnden Grün. Weit öffnet die Seele sich. Endlos weit. Der Ewigkeit entgegen, die sie umfängt, veratmet und in vollen Zügen trinkt, bis sie gesättigt zur Seite taumelt. Ins Zeitlose hinein.

Helle Kleider tragen die Mädchen nun wieder und seidene Bänder knistern hinter ihnen her, die ihre glühendsten Blicke verschicken. Blicke voll unsäglicher Freude und einem tiefen Schimmer darin, der ein Abglanz ist des Friedens der Landschaft ringsum.

O dieses Glück nach Tagen des Schaffens am wachsenden Werk. Am Werk, das unser Wollen verkünden soll und unsere Kraft. Und unseren Kindern noch Segen spenden wird, dass sie weiter zu schaffen vermögen für ihre Kinder und deren Kinder.

O dieser Friede des Abends in lieblicher Gegend, der die Menschen beisammen sieht, harmlos und heiter wie die Blumen auf blühenden Feldern. Was wissen sie von der Sense des Schnitters, der mähend sich naht? Sie denken und reden nicht. Sie sind nur schön. So schön wie der Mensch in früherer Jugend, da er nichts ist als eine Blüte, von der niemand weiss, ob sie verwelkt oder Frucht bringen wird.

Was soll auch das Morgen? Heut blüht uns das Glück. Schönheit und Seligkeit träufeln vom Himmel, der sinkt auf die Erde, die Heimat des Todes. Blinkende Sterne überstrahlen das Dunkel. Frieden verkündet das Schweigen der Nacht. Welch köstliches Wort: Friede. Welch unendliche Gabe uns friedlose Menschen, die wir ewig im Kampf mit den Mächten der Welt stehen! Um unser Brot kämpfen wir, um unseren Herd; um unser Menschentum, das irgendwann im Schlamm der Zeit versank. Einst wird es erstehen. Am strahlenden Tag, durch die Macht unseres Wollens, das Frieden verheisst und den Schnitter verbannt von der blühenden Wiese. Erich Grisar.

Kientopp!

Von Willibald Kater

841 Menschen sitzen im Kino, das Platz für 870 hat.

Da sitzen, auf allen Plätzen, die Ehepaare, die sich in zehn, zwölf und noch mehr Jahren gründlich durchschaut haben. Wenn überhaupt, haben alle „Er“ und alle „Sie“ im Kientopp die gleichen Gedanken. „Er“ hält „Sie“ für die dümmste Gans, die es gibt — „Sie“ ihn für das grösste und blödeste Kamel, das es gibt. Und weil sie schon solange zusammenleben, wird beides stimmen. „Er“ sitzt neben ihr, als wollte er sagen, du kannst mir den Buckel rauf und runter rutschen. „Sie“ denkt, du mir auch. „Er“ hat eine grosse, ihn unerfüllbar dünkende und immer wieder nicht schlafenlassende geheime Sehnsucht. Noch einmal jung möchte er sein, er nähme sich so einen kleinen netten Käfer, verdammt noch mal, wie in der letzten Tonfilmoperette „Wer hat — der hat“, so eine hübsche er sich, mit sone Beine, sone Hüften, sone Hals, sone Zähne, sone Bubikopf — Herrgott! wenn er an seinen Drachen denkt, der sich jede Nacht in den Betten wälzt, wie eine Dampfwalze aus dem vorigen Jahrhundert, ihm könnte direkt weh werden. Aber dieses Mädél da, in dem Film da, verdammt nochmal, die würde sich nicht wälzen wie eine Dampfmaschine... Wie sie der Gardeoffizier, der Ludike, diese arrogante Fresse mit dem Latsch, anfasste, da bog sie sich wie eine Katze. Herrgott! wenn er an seine Alte denkt, die Dampfwalze!

Und „Sie“ sitzt neben ihm und hat auch eine grosse, sie unerfüllbar dünkende und immer wieder nicht schlafenlassende geheime Sehnsucht. Ihr altes Bierfass neben ihr müsste nur einmal, nur ein einziges Mal, nur eine Nacht so sein wie

er, wie ihr Schwarm, wie der Gardeoffizier, dieser Ludike, dieser entzückende, reizende, so... so... manvolle Mann. Gerade Beine müsste er haben wie Ludike, und der Bauch müsste auch verschwinden — ob ein Korsett helfen würde? — und schlank müsste er sein wie Ludike und breit wie Ludike und stark wie Ludike und Arme wie Ludike, und ein Gesicht, das immer nur lächelt, wie Ludike und Haare wie Ludike — ihr Kamel hat nur eine Glatze, denkt sie schauernd — und küssen müsste er können wie Ludike — vor Erregung

schwitzend beieinander, und ihre Knie stossen aneinander, und sie sehen trotz der Finsternis ineinander... Und wenn sie nach zwei Stunden herauskommen, war es sehr schön, himmlisch schön, oder wie sie es nennen...

Und sehr viele sitzen da, die erleben ihre höchsten Hoffnungen und ihre tiefsten Wünsche. Sie sind in der „feinsten Gesellschaft“ und trinken Sekt, mit einer selbstverständlichen Sicherheit, als wäre in den Gläsern Malzkaffee. Und sie fahren mit einer Luxusjacht über den Äquator,

(billiger geht es nicht!) verliebt sich auf ihrer Europareise in einen Herumlungerer, ohne Beruf, aber hübsch (natürlich!), und heiratet ihn (wie sollte es auch anders sein?). Der Vater ist bis fünf Minuten vor Schluss dagegen, unter allen Umständen, ohne Erbarmen, wenn sie nicht will wie er, wird sie von ihm bestimmt, ganz bestimmt (der Notar wartet schon) enterbt — aber in den letzten fünf Minuten ist er dann seiner Tochter zulieb „dafür“. Hat der Kerl, der sie kriegt, ein Schwein! Auch so etwas kommt vor...

Zwei Stunden lebt man in einer Welt der heiss-ersehten Abenteuer, des stolz vorausgehenden Heldentums, man versinkt in eine Welt der Unwirklichkeit, der Illusionen, der Lüge, des Betrug. Alle geheimsten und verstecktesten Instinkte kommen zur Auslösung: der Dieb stiehlt, der Mörder tötet, der gehemmte Erotiker liebt — und die Gegenseite wird bestohlen, wird getötet und, ach, wie heiss und stark und fest...

Unter 841 Kinobesuchern gibt es sehr wenige, die ins Kino gehen, um einen Film zu sehen.

Gestatten Sie mir, bitte, zum Schluss zwei Fragen: Was hat Sie eigentlich heute ins Kino getrieben? und: Was treiben Sie dort?

für oder gegen die Kleinschreibung?

nicht nur ein grosser Teil der fortschrittlich eingestellten Lehrerschaft ist heute der Auffassung, dass unsere aus der kaiserlichen Zeit in die Republik hinübergerettete amtliche deutsche Rechtschreibung einer Reform bedarf, sondern auch viele Volkskreise, die mehr oder weniger mit irgendwelchem Schriftwerk zu tun haben, sind von der Notwendigkeit einer umfassenden Vereinfachung unserer Rechtschreibung überzeugt. Entschliessungen der verschiedenen Lehrervereine und anderer Organisationen sind in den letzten Jahren mehrfach gefasst worden. Einzelne haben in den verschiedensten Landesteilen aus dieser Einsicht heraus selbständig die Fesseln der amtlichen Rechtschreibung abgestreift und sind zur Tat geschritten, indem sie sich ihre Rechtschreibung so zuzustutzen, wie sie ihnen genehm ist. Wenn man bedenkt, wieviel kostbare Zeit allein in den Schulen beim Unterricht der Kinder mit dem Lernen der amtlichen Rechtschreibung verthan wird, dann drängt sich ganz von selbst der Gedanke auf, dass hier eine Vereinfachung not tut.

Die Buchdrucker, die von Berufs wegen sich tagtäglich mit der Rechtschreibung herumplagen müssen, haben wiederholt, ebenso wie die Lehrer, gegen diese unhaltbare Rechtschreibung Stellung genommen. In dem Maiheft des offiziellen Organs des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, den „typographischen Mitteilungen“, schreibt der Vorstand jener Organisation eine Umfrage über die Reform der Rechtschreibung aus, deren Beantwortung bis zum 1. Juni erfolgen soll. Er wendet sich zunächst zwar nur an den Kreis der Buchdrucker, hält es aber für äusserst wertvoll, dass auch andere Berufskreise sich an dieser Abstimmung beteiligen. Wir lassen aus diesem Grunde nachstehend den Wortlaut des Stimzettels folgen. Auf dem Stimzettels sind die folgenden Fragen gestellt:

1. ich bin für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Grossbuchstaben nur für Satzanfänge und für geographische sowie eigennamen.
 2. ich bin für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung.
 3. ich bin für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung, Ort und Tag, Name und Beruf.
- Wer von unseren Lesern sich an dieser Abstimmung beteiligen will, schreibe seine Meinung bis zur angegebenen Zeit an die Geschäftsstelle des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibundstrasse 5.



Die Welt umloht ein Glühen
In diesen Morgenfrühen,
Mit roten Segeln steigt der Tag.
Lasst uns in tiefem Schweigen
Aus unsern Gassen steigen,
Soweit die Kraft uns tragen mag.

Seht ihr die Gipfel mahnen?
Sie winken — unsre Fahnen
Sind sie im Flachland unsrer Qual.
Wir wandern aus Bedrängnis,
Fliehn unser grau Gefängnis:
Die Stadt, Fabrik, das enge Tal.

Da drauss ist alles grüner,
Da drauss keimt alles kühner,
Und was da freudig blüht, das glaubt.
Wenn wir uns da ergehen,
Stählt uns ein frisches Sehen
Und Missmut fällt, der uns bestaubt.

Wir sehen, alles Werden
Hat sein Gesetz auf Erden;
Auch wir sind alle vorbestimmt,
Zu prangen wie dies Blühen,
Zu strahlen wie dies Glühen,
Damit das Wunder Form gewinnt.

Das Wunder steigt hernieder,
Wenn wir es holen, Brüder;
Es wartet, wie die schöne Braut.
Wir tragen's über Brücken,
Die, trotzend Not und Tücken,
Uns unser starker Wille baut.

Julius Zerfass

schliesst „Sie“ beide Augen und schnaubt durch die Nase wie ein Nilpferd — wie Ludike müsste er sie an sich pressen, so... so... dass sie nicht mehr könnte... so... „Sie“ wäre nicht so dumm wie die falsche Tia tü Tutti, die dämliche Gans. „Sie“ möchte nur wissen, was Ludike an der so Besonderes findet, wo sie doch spindeldürr ist wie ein Holzgestell. In jedem Film darf sie mit ihm spielen, das raffinierte Frauenzimmer, das... Ach, wenn dieses Kamel neben ihr nur einmal, nur eine Nacht, so wäre wie er, der Ludike...

Und es sitzen im Kino die jungen Ehepaare, die sich noch nicht ganz durchschaut haben. Einmal in der Woche gehen sie nach dem Abendbrot über die Strasse und leisten sich einen dritten oder zweiten Platz, manchmal einen ersten und, wenn sie noch mehr Geld haben, sogar „Reservierten Platz“ oder Loge. Auch sie gehen ins Kino, weil sie beide — unzufrieden sind. Weil „Er“ süll für sich findet, dass „Sie“ doch nicht ist wie Tia — und „Sie“, still für sich findet, dass „Er“ doch nicht ist wie Ludike. Es wird nicht lange dauern, und „S.“ wird eine Gans, „Er“ ein Kamel sein...

Und es sitzen im Kino die unverheirateten Ehepaare. Die Dunkelheit tut ihnen wohl, und sie kümmern sich nicht um das, was vor ihnen ist. Ihre Finger liegen

den sie sich übrigens ganz anders vorgestellt haben, nach Brasilien — mit einer wohlthuenden Ruhe, als sässen sie in einem Flusskahn, die Stunde und pro Person 75 Pi. Sie, die tagtäglich „nichts Besonderes“ erleben, rasen auf wilden Pferden durch die fernsten Länder, über die Prärien Amerikas, die weiten gelben Sandwüsten Afrikas, durch die furchtbar gefährliche Mongolei. Sie kämpfen mit wilden Raubtieren, gemeinen Verbrechern, hässlichen Nebenbuhlern, Spioninnen, Agenten eines grossen östlichen Reiches und mit dem, deutlich sichtbaren, Teufel selbst. Immer siegt das Gute — es gibt noch eine Gerechtigkeit! — und das Schlechte unterliegt, wird besiegt. Vor sich, auf dem Sattel ihres ungezügelmten Pferdes, halten sie ein Mädchen, wie sie es sich schon längst gewünscht. Jungfrauen und andere ächzen, gepackt von den Griffen rauher Männer, schöner Liebhaber, rasend gewordenen Wilder. Man trägt in Gedanken den Smoking, den man schon so lange braucht, und das herrlichste aller Kleider. Brillanten werden gestohlen, die einem gehören könnten. Ein Graf heiratet ein Dienstmädchen, und weil man selbst ein solches ist, hat man diesen netten, hübschen, tapferen Menschen soooo lieb, man kann gar nicht sagen, wie. Und die Tochter eines amerikanischen Multimilliardärs

